



Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung

24/2005

Überarbeitete Version des am 28. September 2005 veröffentlichten Artikels,
Stand 9. Januar 2006.

Europa rechnet sich!

Warum die EU für Deutschland unverzichtbar ist

von Elmar Brok¹ und Frank Sauer

Inhalt

1. Europa hinterfragen	Seite 2
2. Europa rechnet sich wirtschaftlich und finanziell	Seite 2
3. Europa rechnet sich politisch	Seite 5
4. Europa ist für Deutschland unverzichtbar	Seite 7
5. Ihr Ansprechpartner in der KAS	Seite 8

¹ Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament.

1. Europa hinterfragen

Mit den Niederlagen der Referenden zur europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden hat die Europäische Union einen Rückschlag erlitten. Entgegen ersten Befürchtungen entstand daraus jedoch keine „Schockstarre“: Mit Hilfe des von Angela Merkel herbeigeführten Kompromisses gelang es den EU-Mitgliedsstaaten auf dem Gipfel im Dezember, sich trotz allseits knapper Kassen auf einen gemeinsamen Haushaltsentwurf für die EU zu verständigen. Dennoch hält die Debatte um den politischen Kurs Europas an. Auch in Deutschland wird immer öfter die Frage nach den Kosten und nach dem Nutzen der EU laut. „Rechnet“ sich Europa für Deutschland überhaupt?

- Vor diesem Hintergrund, wird zunehmend die Frage nach dem Sinn der EU-Erweiterung gestellt, die im Europa der 15 zunehmend für Angst vor der Konkurrenz durch billigere Arbeitskräfte aus den neuen Beitrittsländern sorgt.
- In der Kritik steht außerdem der Euro. Die Einheitswährung, die bereits bei ihrer Einführung als „Teuro“ Negativschlagzeilen gemacht hatte, wird von vielen Deutschen erneut hinterfragt.
- Für Ärger sorgt zudem Deutschlands viel zitierte Rolle als größter Nettozahler der EU.

In diesem Papier soll eine Reihe von Gründen dargelegt werden, die allesamt daran erinnern, dass das Projekt Europa für Deutschland unverzichtbar ist. Dabei wird sich zeigen: **Europa rechnet sich für Deutschland!**

Die Frage, was uns die EU eigentlich kostet und was sie uns nützt, lässt sich dort wo Gelder fließen auch auf Euro und Cent berechnen. Einige der größten Erfolge Europas, die in Deutschland täglich und ganz selbstverständlich beansprucht werden, lassen sich aber kaum in Euro ausdrücken: Dauerhafter Frieden in Europa, eine starke Partnerschaft mit unseren Nachbarn und der Erhalt unserer Werte in einer globalisierten Welt. Diese Verdienste der EU dürfen nicht vergessen werden, wenn man nach ihren Kosten fragt.

2. Europa rechnet sich wirtschaftlich und finanziell

Aus wirtschaftlicher Sicht ist Europa für Deutschland unentbehrlich. Für Deutschland als Exportnation stellen nicht nur der Euro sondern vor allem auch der Binnenmarkt inklusive EU-Osterweiterung kaum zu überschätzende Pluspunkte dar. In populistischen Debatten um die Zuwanderung billiger Arbeitskräfte aus den neuen Beitrittsländern sowie die Nettozahlerrolle Deutschlands im Rahmen des EU-Haushalts werden nicht selten entscheidende Details unterschlagen.

Finanzen: Vertrauen in den Euro zahlt sich aus

Die Einführung des Euro war ein historisch bedeutender und segensreicher Schritt. Mit ihm sind die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein weiteres Stück zusammengerückt. Die von Firmen einst gefürchteten Währungsturbulenzen wie noch zu Beginn der 1990er Jahre sind seitdem in Europa zum Fremdwort geworden. Aus Sicht des einzelnen Bürgers lassen sich die Vorteile des Euro an drei einfachen Beispielen erkennen:

Mehr Transparenz: Mit dem Euro kann jeder Einzelne grenzüberschreitend in ganz Europa Preise vergleichen. Das spart Zeit und Geld.

Fairness: Ein Drehen einzelner Länder an der Währungsschraube (um durch freiwillige Abwertung der eigenen Währung kurzzeitige Wettbewerbsvorteile für den Export zu erzeugen) ist mit der Einheitswährung nicht mehr möglich. So war die italienische Lira nach diesem Muster noch zwischen 1992 und 1995 künstlich um 30 % abgewertet worden, zu Lasten der Nachbarländer.

Niedrige Transaktionskosten: Für deutsche Unternehmen und Reisende bedeuteten die europäischen Einzelwährungen, dass von einer D-Mark auf dem Weg etwa von Portugal nach Griechenland durch die für den Umtausch anfallenden Gebühren am Ende nicht mehr viel übrig war. Mit Einführung des Euro entfielen diese Gebühren. Die Euroländer sparen dadurch nach Berechnungen der EU-Kommission heute rund 0,4 % ihres Bruttoinlandsprodukts (das waren 2004 über 30 Milliarden Euro).

Dass der Euro zu extremen Preissteigerungen geführt hat, ist hingegen nicht richtig. Berechnungen haben ergeben, dass der Preisanstieg in den zwei Jahren nach der Einführung des Euro insgesamt sogar um einen Prozentpunkt niedriger war als in den beiden letzten Jahren der D-Mark. Die Tatsache, dass dennoch einige Waren teurer sind als zuvor, lässt sich in den allermeisten Fällen nicht auf den Euro zurückführen, sondern auf unterschiedliche Einflüsse wie beispielsweise Steuererhöhungen (Tabakwaren) oder sogar schlechtes Wetter (Lebensmittel). Zudem wurde die Entwicklung der Währung aber auch besonders kritisch und misstrauisch beobachtet - mehr noch als zu Zeiten der D-Mark.

Auch auf den Aktien- und Finanzmärkten hat der Euro längst das in ihn gesetzte Vertrauen bestätigt. Länder in aller Welt stocken ihre Währungsreserven auf - nicht in US-Dollar, sondern in Euro. Die Staatspapiere Eurolands klettern von Höchststand zu Höchststand und an den Anleihe- und Aktienmärkten steigen die Kurse. Europäische Aktien haben so alleine im Jahr 2005 um durchschnittlich 10 % zugelegt, amerikanische dagegen leicht verloren.

Vor allem die Unternehmen innerhalb des Euroraumes profitieren von der Einheitswährung, da sie sich nicht länger gegen Wechselkursrisiken absichern müssen. Für die exportfreudigen deutschen Unternehmen, etwa in der für Deutschland so wichtigen Automobilindustrie, bedeutet das gigantische Einsparungen. Der Bundesverband der deutschen Industrie schätzt, dass deutsche Unternehmen durch den Euro jedes Jahr etwa 10 Milliarden Euro sparen.

Handel und Osterweiterung: Die große Chance für Deutschland

Für deutsche Unternehmen ist Europa der zentrale Handelsplatz und mit der Ost-Erweiterung erschließen sich ihnen schnell wachsende Zukunftsmärkte direkt vor der Haustür.

Über die Hälfte der deutschen Ausfuhren gehen in die Partnerländer der EU. Und wiederum mehr als drei Viertel davon gehen in die Eurozone. Unter den 15 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands sind 10 EU-Länder. Laut der Europäischen Kommission wurden beispielsweise im Jahr 2004 Waren im Wert von 731,5 Mrd. EUR ausgeführt, wovon Waren im Wert von 404,8 Mrd. EUR ihre Abnehmer in EU-Ländern fanden. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs die Zahl der deutschen Versendungen in EU-Länder um 10,1 %. Im Rückblick ist festzuhalten, dass der durch die EU-Mitgliedschaft zusätzlich erwirtschaftete Handelsbilanzüberschuss die Kosten für die EU-Mitgliedschaft längst wieder kompensiert hat. Er betrug allein im Jahr 2004 123,7 Mrd. EUR.

Unbestritten ist auch, dass Europas größte Volkswirtschaft, Deutschland, von allen EU-15-Ländern mit Abstand am stärksten vom Aufschwung in den neuen Mitgliedsstaaten profitiert. Das Bundesministerium der Finanzen schätzt den damit einhergehenden Wachstumsschub auf bis zu einen halben Prozentpunkt des deutschen BIP (das waren 2004 etwa 109 Milliarden Euro). Insgesamt kamen im Jahr 2004 über 40 % aller Exporte der EU-15 in die neuen Mitgliedstaaten aus Deutschland. Die im gleichen Jahr um 8,5 % gestiegenen deutschen Ausfuhren in diese Länder tragen dazu bei, in Deutschland wichtige Arbeitsplätze zu sichern.

In der Frage um die Zuwanderung von Arbeitskräften aus den neuen „Billiglohnländern“ wird häufig übersehen, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die meisten neuen EU-Länder noch auf Jahre hin eingeschränkt bleibt. Abkommen über Obergrenzen für die Zahl zuwandernder Arbeitskräfte verhindern also Lohndumping und eine zu große Belastung der Arbeitsmärkte der EU-15-Länder. Es liegt an Deutschland diese Möglichkeiten der Einschränkung zu nutzen und diese genau zu überwachen, statt von den hausgemachten Problemen abzulenken.

EU-Haushalt: Europa mit allen Vorteilen für nur 87 Euro pro Jahr

Der EU-Haushalt 2004 finanzierte sich aus lediglich 0,98 % des Bruttonationaleinkommens der erweiterten Union. Der deutsche Anteil am EU Haushalt sank dabei seit Jahren stetig. So gingen die deutschen Zahlungen von rund 31 % des Gesamtbudgets im Jahr 1995 auf etwa 21 % im Jahr 2005 zurück. Zwar musste bei der jüngsten Vereinbarung vom Dezember 2005 die Vergrößerung des Gesamtbudgets durch den Beitritt der zehn neuen Mitglieder im Jahr 2004 berücksichtigt werden, sodass die Summen in den kommenden Jahren wieder höher liegen werden. Doch durch die geschickte Verhandlungsführung der deutschen Regierung ist es gelungen, die tatsächliche Belastung für den deutschen Haushalt deutlich unter die Vorschläge der Europäischen Kommission und der verhandlungsführenden Ratspräsidentschaft zu drücken.

Erst im Nachhinein werden sich die künftigen Nettobeiträge genauer beziffern lassen, da weder die Abschöpfungsrate der Fördermittel noch die Rückflüsse insbesondere in

die ostdeutschen Regionen vorhersagbar sind. Richtig ist, dass Deutschland in absoluten Zahlen dabei nach wie vor den größten Beitrag stellen wird. Doch vergleicht man einmal die Beiträge der Nettozahlernationen pro Kopf und Jahr, zahlten 2004 nicht die Deutschen sondern die Niederländer mit 126 EUR pro Kopf am meisten. Danach folgen die Schweden (119 EUR pro Kopf) und dann erst Deutschland mit 87 EUR pro Kopf.

Aber selbst an den absoluten Zahlen ist zu erkennen, dass die deutschen EU-Zahlungen sich im Vergleich zu anderen Bundesausgaben gering ausnehmen: Der jährliche Nettobeitrag von etwa 6-8 Milliarden EUR entspricht z. B. gerade einmal einem Drittel des Verteidigungshaushaltes der Bundesrepublik. Eine hervorragende Investition, wenn man die "Friedensdividende" der EU für unseren Kontinent bedenkt!

Darüber hinaus fließen natürlich auch gewaltige Summen aus den EU-Töpfen zurück nach Deutschland. Zwar vornehmlich zugunsten des Agrarsektors und für strukturpolitische Maßnahmen, aber auch in Notfällen wie beispielsweise der Flutkatastrophe vor vier Jahren. Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union kam den Betroffenen in Deutschland 2002 schnell und unkompliziert mit 444 Mio. EUR zu Hilfe. Speziell für die Landwirte der betroffenen Regionen wurden darüber hinaus Zahlungen aus 2003 vorgezogen und somit 550 Mio. EUR direkte Beihilfen geleistet.

Mit den Förderungen aus den Strukturfonds der EU werden in Deutschland zudem die neuen Länder und z.B. das Ruhrgebiet unterstützt, um in co-finanzierten Projekten Standortnachteile abzubauen. Sie fallen bislang in die höchste Förderkategorie der EU. Von den im Zeitraum 2002-2006 zur Verfügung stehenden 195 Mrd. EUR erhält Deutschland insgesamt 30 Mrd. EUR. Seit dem Jahr 2000 flossen also bereits jährlich rund 15 % der EU-Ausgaben für strukturpolitische Maßnahmen nach Deutschland. Nach Spanien ist Deutschland damit der zweitgrößte Empfänger von Strukturfondsmitteln.

Der Ausgleich und der Zusammenhalt zwischen den Ländern der Europäischen Union macht Europa stark. Die EU ist aber vor allem eine Versicherung für Frieden und Wohlstand - für 87 Euro pro Kopf ein Schnäppchen! Im Zeitalter der Globalisierung könnte Deutschland als einzelne Volkswirtschaft kaum bestehen. Ein starkes Europa rechnet sich für Deutschland also sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht.

3. Europa rechnet sich politisch

Europapolitik und transatlantische Partnerschaft bilden traditionell die tragenden Säulen der deutschen Außenpolitik. Mehr noch, heute ist deutsche Außenpolitik ohne den europäischen Kontext gar nicht mehr machbar. Für Deutschland ist Europa politisch von existenzieller Bedeutung: In unserer zunehmend komplexeren Welt kann sich kein Staat mehr den klassischen Aufgaben der Außen- und Sicherheitspolitik erfolgreich alleine stellen oder gar entziehen.

Gemeinsam stark und sicher

Besonders in Bezug auf Kriminalität, Terrorismus, Umwelteinflüsse oder humanitäre Katastrophen sieht Deutschland sich einer Reihe von Bedrohungen gegenüber, denen es nur gemeinsam mit seinen europäischen und transatlantischen Partnern erfolgreich begegnen kann. So führen die Anschläge von London und Madrid schmerzhaft vor Augen, dass im Zuge der Globalisierung nicht nur Märkte sondern auch Phänomene wie der Terrorismus internationalisiert werden. Deutschland profitiert von den im europäischen Rahmen abgestimmten Sicherheits-Politiken, mit denen den mannigfaltigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gemeinsam begegnet werden kann, wie sich am Beispiel der Terrorismusbekämpfung ablesen lässt.

Auf der Ebene der Europäischen Union wurde bereits in den 1970er Jahren gegen nationale Terrorismusgefahren und grenzüberschreitende Aktionen seitens der RAF oder der ETA gearbeitet. Und auch nach den Anschlägen vom 11. September 2001 reagierte die Europäische Union schnell und umfassend. Sie brachte ein Paket mit rund 70 Maßnahmen auf den Weg. Dazu zählen unter anderem neue Luftsicherheitsstandards sowie eine europaweite Terrorismusliste, die das Einfrieren der Geldströme von terroristischen Organisationen sowie polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit erlaubt. Die europäische Polizei Europol bündelt die Informationen aus allen Mitgliedsstaaten und kann so einen Überblick über mögliche Bedrohungsszenarien gewinnen, die verantwortlichen Stellen in den Mitgliedsstaaten mit Informationen versorgen und diese bei Schutz- und Strafverfolgungsmaßnahmen unterstützen. Das alles bietet keinen hundertprozentigen Schutz, aber es wäre fahrlässig, darauf zu verzichten.

Globalisierung: Europa schützt vor den Risiken

Tatsächlich hat sich aber nicht nur der Terrorismus zu einem weltweiten Problem entwickelt. Auch so unterschiedliche Bereiche wie etwa Umweltverschmutzung oder Forschung unterliegen einer zunehmend weltweiten Vernetzung. Insbesondere die Globalisierung der Weltwirtschaft stellt Deutschland dabei vor Herausforderungen. Der Vergleich mit den aufstrebenden Schwellenländern Indien und China macht dies deutlich. Die beiden Staaten verzeichneten 2003 eine Bevölkerung von jeweils mehr als einer Milliarde Menschen und konnten ein Wirtschaftswachstum von 9,3 bzw. 8,6 Prozent vorweisen. Ob Deutschland mit seinen 83 Millionen Einwohnern und stagnierendem Wirtschaftswachstum seine wirtschaftlichen und politischen Interessen in der Welt dauerhaft alleine behaupten können wird, erscheint in diesem Zusammenhang mehr als fraglich. Daher ist es wichtig, dass wir im Verbund mit den anderen Mitgliedstaaten der EU die Vorteile eines gemeinsamen Marktes mit immerhin 450 Millionen Verbrauchern nutzen können. Durch die enge Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen und anderen politischen Angelegenheiten wird sich somit auch Deutschlands Einfluss in der internationalen Politik nachhaltig sichern lassen.

Außen- und Sicherheitspolitik: Europa steht weltweit für Frieden und Freiheit

Auch auf den klassischen Feldern der Außen- und Sicherheitspolitik kann Deutschland auf seine europäischen Partner zählen, Kräfte bündeln und seine Verantwortung gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft zusammen mit ihnen schultern.

Am Beispiel der Verhandlungen mit dem Iran um sein Atomprogramm zeigte sich das Gewicht, das Europa auf die Waage bringen kann. In Gestalt der EU3 konnten Deutschland, Frankreich und Großbritannien diplomatischen Druck entwickeln, den keiner der Staaten alleine hätte aufbringen können. Der Iran wurde damit vor eine klare Wahl gestellt: Entweder er setzt sein Atomprogramm ab und behält so die Aussicht auf gute wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen mit Europa, oder er besteht auf seiner nuklearen Option und isoliert sich so auf schmerzhaft Weise selbst von seinem größten Handelspartner. Ein weiteres Beispiel war der Druck der EU auf Russland, den friedlichen Wandel in der Ukraine 2004 zuzulassen. Dieser Erfolg beeindruckte auch die USA.

Die Europareise von U.S.-Präsident George W. Bush, die ihn zu Beginn des letzten Jahres auch nach Brüssel führte, setzte ein klares Signal dafür, dass ein starkes Europa auch im Interesse der USA ist. Auf beiden Seiten des Atlantiks herrscht Einigkeit: Nur in enger gemeinsamer Kooperation können Europa und die USA den Gefahren, die für beide Partner vom internationalen Terrorismus oder zerfallenden Staaten ausgehen, die Stirn bieten. Heute und zukünftig wird die Kooperation zwischen NATO und EU weiter vertieft und damit die strategische Partnerschaft Wirklichkeit. Die Osterweiterung von Europäischer Union und NATO erschloss Deutschland nicht nur zukünftige Absatzmärkte, auch die Sicherheitslage in Europa wurde damit völlig neu definiert. Denn mit den neuen Mitgliedsstaaten wächst nicht nur die Wirtschaftskraft sondern letztlich auch Deutschlands Sicherheit. Es gedeihen Frieden, Freiheit und Demokratie in ganz Europa.

Europa mit deutschen Werten - Deutschland mit europäischen Werten

Darüber hinaus hat Europa in Gestalt der EU noch weit mehr als ein System politischer Kooperation oder eine Freihandelszone hervorgebracht. Die europäische Idee von friedlichem Zusammenleben unter der Ägide von Menschenrechten und Demokratie kann der Welt als Modell dienen, entwicklungs- und anpassungsfähig, aber mit einer klaren Absage an Extremismus, Hass und Gewalt.

Unsere gemeinsamen Werte spiegeln sich auch direkt im Entwurf für den EU-Verfassungsvertrag wider. Die Charta der Grundrechte - ein Teil des Verfassungstextes - basiert auf unseren in allen Teilen der EU geltenden, religiös und historisch begründeten Werten. Sie schützt die Würde des Menschen und verbietet deshalb die Todesstrafe und etwa das reproduktive Klonen. Am deutlichsten kommen diese Werte in der Präambel zum Ausdruck, wo zu Beginn das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas" und die "unverletzlichen und unveräußerlichen

Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte" festgeschrieben sind.

4. Europa ist für Deutschland unverzichtbar

Nur in Europa findet Deutschland auch in Zukunft Wohlstand und Sicherheit. Mit der Osterweiterung der Europäischen Union hat Europa, das Jahrzehnte lang von der Grenze zwischen Ost und West zerschnitten wurde, heute seine Mitte wiedergefunden. Deutschland, mit Europas größter Einwohnerzahl und der größten Volkswirtschaft liegt mitten in Europa. Ein friedliches und stark machendes Verhältnis zu den neuen Mitgliedern und den alten Freunden und Partnern ist Deutschlands großes Glück. Dass sich Deutschland nach Jahrhunderten voller Kriege heute in Frieden mit seinen europäischen Nachbarn und Freunden zu einer Union der 450 Millionen zusammenschließen kann, ist eine einmalige und historische Situation.

Ohne die EU

- wären Kriege in unserer Nähe viel wahrscheinlicher,
- wäre jedes Land allein im Kampf gegen Terrorismus, Umweltverschmutzung und Armut,
- wären unsere Werte außerhalb von Deutschland nichts wert,
- könnten Jung und Alt nicht frei in 25 Länder reisen und in heute 12 Ländern mit dem Euro zahlen,
- würden nicht - wie heute - mehr als die Hälfte unserer Exporte in die EU gehen und unseren Wohlstand sichern.

Diese Union ist für Deutschland unverzichtbar, für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Für jährlich nur 87 Euro pro Kopf rechnet sich Europa wirklich!

Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung Hauptabteilung Politik und Beratung:

Dr. Canan Atilgan
Kordinatorin für Europapolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Wichmannstr. 6
10907 Berlin
canan.atilgan@kas.de
+49 30 26996-3511